



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24224 - 33
Fernschreiber 0296890

P/XIII/59 - 12. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|--|----------------|
| 1 | Aufbruch zur Besinnung ? Die Auseinandersetzungen in der CDU/CSU | 31 |
| 2 - 3 | Wie denkt die polnische Jugend ? Aufschlussreiches Ergebnis einer Umfrage | 66 |
| 4 | Zitronenpflücker kämpfen um ihr Recht US-Gewerkschaften starten Aufklärungskampagne gegen Sunkist-Konzern | 35 |
| 5 - 6 | Die Rolle des Beamten im Staat Sozialdemokratischer Vorstoß im Landtag Schleswig-Holstein | 63 |
| 7 | USA sollen mit gutem Beispiel vorangehen Chikago: Atomwaffenversuche einstellen ! | 14 |

* * * * *

Aufbruch zur Besinnung ?

sp- Auseinandersetzungen in einer grossen Partei über Gehalt und Ziel ihrer Politik erwecken selbstverständlich allgemeines Interesse, besonders dann, wenn es sich, wie bei der CDU/CSU, um eine Partei handelt, die die Regierung stellt. Was sich am Dienstag in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU abgespielt hat, war von Keryern der internen Verhältnisse in der Partei seit langen erwartet worden. Auf die Dauer konnten diejenigen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, die sich trotz der Selbstherrlichkeit Dr. Adenauers ihr selbständiges politisches Denken bewahrt haben, nicht schweigen. Sie mussten - wenn sie weiter von der deutschen Öffentlichkeit ernst genommen werden wollten - gegen eine Methode der Parteiführung und Geschäftsleitung ihrer Bundestagsfraktion Front machen, die auch ihnen unerträglich geworden war.

Es geht hier nicht um die Frage, wer von den Streitenden Recht haben mag; es geht vielmehr darum, dass endlich in der CDU/CSU der Nebelschleier zerrissen wird, den Adenauer mit einigen ihm blindlings folgenden Parteigängern über die deutsche Politik ausgebreitet hatte.

Die Akteure des Aufstandes gegen die Alleinherrschaft des 82-jährigen Bundeskanzlers wissen durch langjährige Zusammenarbeit mit ihm um seine Rücksichtslosigkeit und Verschlagenheit, mit der er es bisher stets verstanden hatte, gegen ihn aufkommende Strömungen immer wieder einzuglätten. Er hat genügend Männer an seiner Seite, die stets bereit sind, durch Schaffung vollendeter Tatsachen Situationen herbeizuführen, in denen es selbst einer Fronde schwer fällt, den Kanzler im Stich zu lassen. Hierbei spielt die Verlockung mit der Vergabe einflussreicher Positionen in Staat und Wirtschaft keine untergeordnete Rolle. Gerade dieses System hat sich schon manchmal bewährt...

Man wird daher abwarten müssen, ob der jetzige Ausbruch des Unwillens über das ständige Gängelntiefer geht als alle bisherigen Auseinandersetzungen innerhalb der CDU/CSU. Fast könnte es so scheinen. Wenn es der Fall sein sollte, kann dies der Anfang einer neuen Entwicklung in der deutschen Politik sein.

Wie denkt die polnische Jugend ?

H.L.- Die Warschauer Zeitung "Sztandar Młodych" hat vor kurzem eine Rundfrage durchgeführt, deren Ergebnisse ein bezeichnendes Licht auf die Situation der polnischen Jugend werfen. Traurigkeit, Enttäuschung, aber auch Hoffnung und der geheime Wunsch nach Besserung sind die bewegenden Motive. 3 500 Personen wurden befragt. Ihr Alter lag zwischen 18 und 24 Jahren. Rund 80 % waren Männer, 20 % Frauen. Und diese Antwort steht für viele:

"Ich hatte einst Ideale, aber sie sind eingestürzt. Jetzt lebe ich so, und die Zeit vergeht irgendwie. Jetzt sind für mich die Ideale, die einst über mein Schicksal entscheiden sollten unnötig".

"Wenn Du noch einmal geboren würdest", lautete eine Frage, "in welcher Zeit möchtest Du leben?" Nur 28 % erklärten sich für die Gegenwart. 72 % wollten "eine andere Zeit". Auf die Frage, ob sie glaubten, dass das Leben der kommenden Generation glücklicher werde als das der jetzigen, antworteten 65 % mit ja. "Wodurch bist Du in Deinem Leben enttäuscht worden?" 7,6 % nannten die Religion, 13 % die Freundschaft, 23,6 % die Liebe und 24,2 % die Ideologie und Politik. 34 % führten andere, weniger wichtige Gründe an. "Gibt es für Dich eine Idee", wurde gefragt, "an die Du mit Deiner ganzen Berzeugungskraft glaubst?" Unter anderem stimmten nur 13 % für "Fortschritt, Kommunismus, Sozialismus", 19 nannten "die Menschen" und 26,3 % "ein besseres Morgen, Erfüllung der Wünsche".

"Ich glaube an die Idee des Kommunismus", schrieb einer, "aber mit einem Vorbehalt. Es geht mir darum, dass er nicht entstellt wird und dass in dem System der sozialistischen Länder die Gleichberechtigung aufrechterhalten wird".

Dass keine Entmutigung um sich gegriffen hat, dass Resignation nur auf Einzelfälle beschränkt ist, geht aus den Antworten auf folgende Frage hervor. "Wenn Dir jemand sagt: 'niemand hat einen Einfluss auf seine Zukunft, auf sein Schicksal. Das Leben nimmt seinen Lauf', und jemand anderer feststellt: Der Mensch soll sein Schicksal selbst

in die Hand nehmen, denn jeder ist der Schied seines eigenen Glücks, - welche der zwei Ansichten würde Deiner am ehesten entsprechen?"

80 % erklärten sich für die zweite, dafür also, dass man sein Leben selbst gestalten könne und solle, und nur 20 % für die erste, dass es vergeblich sei. - Diese Antworten hier, im Ganzen gesehen, sind noch zu den interessantesten zu zählen:

"Ich war seinerzeit sehr religiös, dann war ich ein grosser Kommunist und Patriot. Aber das ist alles fast spurlos verschwunden, und in Wirklichkeit empfinde ich diesen Verlust ohne Schmerz. Ich habe mich nur davon überzeugt, dass die Einimpfung eines Ideals in die Menschen auf die eine oder andere Weise nur einer bestimmten Gruppe von Leuten dient. Es ist also besser, keine Ideale zu haben. Den Menschen lieber und ihn töten lernen? Wie paradox!"

"Ich bin Pessimist. Ich lebe in der Atom-ära. Die Wissenschaft erschleisst der Natur Geheimnisse, die oft der Menschheit dienen, aber hauptsächlich zur Vernichtung des Menschengeschlechts beitragen. Rund um mich knallt es. Die Menschen sehen wie Hyänen aus, bestürzt, gejagt - aber wohin?"

"In Leben leuchtet mir kein Ziel vor, ich lebe in den Tag hinein".

"Schnaps! Die zu ängstlichste und anspruchsloseste Zerstreuung".

Das letztere sagte sogar eine ehemalige Angehörige des "Polnischen Jugendverbandes". Trotzdem aber lässt sich dieser Fatalismus nicht verallgemeinern. Der Glaube an die Menschen, das ist das eigentlich dominierende in den Antworten.

"Glaubst Du, dass es mehr gute oder schlechte Menschen gibt?", "Kennst Du Leute, die Dir bestimmt zu helfen versuchen würden, wenn Du in Not wärst?", "Hast Du einen Freund, dem Du absolutes Vertrauen schenkst?", "Glaubst Du an Liebe, Güte, Edelmut?" - alle diese Fragen wurden von drei Vierteln positiv beantwortet. An "Gerechtigkeit, Wahrheit, persönliche Freiheit" allerdings - und das mag zu denken geben - glauben nur 7 %!

12. März 1958

Zitronenpflücker kämpfen um ihr Recht.

E.S. Wer in den Schaufenstern unserer Lebensmittel- und Obstgeschäfte kalifornische Zitronen oder Apfelsinen sieht, wird sicher nicht auf den Gedanken kommen, daß die Frauen und Männer, die diese Früchte in Kalifornien pflücken, verpacken oder in Konserven verarbeiten, seit Jahren in einem harten Kampf gegen den großen amerikanischen Sunkist-Konzern um die Anerkennung ihrer gewerkschaftlichen Organisation stehen.

40 000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt der Sunkist-Konzern. 100 000 sind bei anderen "Zitronen-Firmen", ebenfalls ohne gewerkschaftliche Rechte, tätig. Seit 50 Jahren hat die kalifornische Frucht-Großindustrie systematisch jeden Versuch ihrer Arbeiter mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln zu verhindern verstanden, das Recht der gewerkschaftlichen Organisation zur Geltung zu bringen. Diese Arbeitnehmer genießen nicht nur nicht das ihnen zustehende Organisationsrecht, sondern entbehren bisher auch jeden anderen Schutzes, wie er anderen Arbeitnehmern in den industriell entwickelten Ländern geboten wird. Obwohl der Sunkist-Konzern jährlich über 200 Millionen Dollars (mehr als 800 Millionen DM) umsetzt, liegen die Löhne seiner Arbeiterinnen und Arbeiter weit unter dem in den Vereinigten Staaten üblichen Niveau.

Jetzt hat sich die gesamte amerikanische Gewerkschaftsbewegung auf Antrag der Gewerkschaft der Fleisch- und Lebensmittelarbeiter dieses Kampfes ihrer kalifornischen Kollegen angenommen. Da bisher alle gewerkschaftlichen Methoden versagten, um Beschlüssen von Schiedsausschüssen und Gerichten Gehör zu verschaffen, führt die Fleisch- und Lebensmittelarbeiter-Gewerkschaft in der USA und Kanada eine umfassende und höchst wirksame Kampagne gegen die großen Gesellschaften der Zitronenproduktion durch, mit dem Zweck, Arbeitnehmer und Verbraucher sowie den Zwischenhandel und den Einzelhandel vor dem Ankauf von Produkten des Sunkist-Konzerns zu warnen. Arbeiterdelegationen suchen Händler und Geschäftsleute auf und sorgen dafür, daß das Verhalten des Sunkist-Konzerns gegenüber seinen Arbeitern bekannt wird. Die Aktion der amerikanischen Gewerkschaften wird zur Zeit auf alle Absatzländer, in denen Zitronen und Konserven des Sunkist-Konzerns verkauft werden, ausgedehnt.

12 März 1958

Die Rolle des Beamten im Staat

mu, Kiel

Was sich Anfang März im schleswig-holsteinischen Landtag bei der Verabschiedung des neuen Landesbesoldungsgesetzes für rund 70 000 Beamte und Ruhegeldempfänger des nördlichen Bundeslandes auf der Seite der starken sozialdemokratischen Opposition ereignete, das hatte die stärkste Regierungspartei, die CDU, nicht erwartet. Sie war in die Besoldungsberatungen mit der Vorstellung hineingegangen, daß sie als "unangefochtene Trägerin des Gedankengutes vom herkömmlichen Berufsbeamtentum" die Sache schon machen werde. Die ganzen zurückliegenden Jahre hatten die Christlichen Demokraten im Norden geschickt dafür gesorgt, daß sie als die "Freundspartei" des Berufsbeamten galten.

Diese Passage ist nun, jedenfalls in Schleswig-Holstein, bei der Beratung über das Landesbesoldungsgesetz völlig zerstört worden. Die sozialdemokratische Opposition ging nämlich mit einer modernen Vorstellung von der Rolle des Beamten in der modernen Gesellschaft in die Behandlung des Gesetzes hinein. Sie erklärte öffentlich: "Das Bekenntnis zum Berufsbeamtentum bedeutet, neben der Verpflichtung zur Fürsorge für den Beamten, auch die Verpflichtung zur Erhaltung und Ausgestaltung seiner Stellung in der modernen Gesellschaft".

Der sozialdemokratische Oppositionsführer Küber hat in der Beamtenschaft ein großes Echo gefunden, weil er für seine Fraktion zum neuen Besoldungsgesetz sagte: "Die in der zweiten industriellen Revolution täglich neu entstehenden Aufgaben in Erziehung und Ausbildung, in Fürsorge und Gesundheitswesen, im Rechts- und Sozialleben, zwingt uns alle dazu, den öffentlichen Dienst als eine gleichberechtigte tragende Gesellschaftsschicht zu sehen. Da dieser Beruf eine ständige Anpassung an die allgemeine Entwicklung nicht durch Rationalisierung erreichen kann, bleibt uns nur der Weg der gesellschaftlichen und damit auch materiellen Anerkennung durch den Staat. Das schleswig-holsteinische Besoldungsgesetz trägt diesen Überlegungen und der daraus abzuleitenden Verpflichtung keine Rechnung."

So kam es denn, daß die Sozialdemokraten als einzige der fünf

12. März 1958

im Landtag vertretenen Parteien das Gesetz ablehnten. Die CDU hatte sich auf der Linie bewegt: "Wir können nicht mehr geben, als das Bundesrahmengesetz bewilligt hat und wollen das auch nicht, um den Finanzausgleich aus den anderen Ländern nicht zu gefährden." Diese Argumentation blieb von dem "blühenden Bekenntnis zum Berufsbeamtentum" der CDU sozusagen als "restaaurativer Rest" übrig. Dabei hatte Ministerpräsident von Hassel (CDU) alle Hände voll zu tun, um mit beschwörenden Hinweisen in der öffentlichen Landtagssitzung und Durchsetzen härtester Abstimmungsdisziplin in den Koalitionsparteien nicht eine Mehrheit für die sozialdemokratischen Anträge zum Gesetz aufkommen zu lassen.

In einer Serie von Anträgen hatten die Sozialdemokraten eine bessere und gerechtere Einstufung vieler Beamtengruppen und vor allem der Lehrer durchzusetzen versucht. Sie hatte der Regierung dabei vorgehalten, daß sie diese Verbesserungen hätte noch besser riskieren können, wenn in den letzten Jahren eine umfangreichere Wirtschaftsförderung betrieben worden wäre, die das Land von den äußerst hohen Finanzaufweisungen seitens der anderen Länder und des Bundes unabhängig gemacht hätte. Da auch hier die Regierung in den zurückliegenden Jahren der Forderung der Opposition nach der Schaffung von 30 000 neuen Arbeitsplätzen nicht entgegengekommen ist, mußte die Regierung am Rande der Besoldungsdebatte einen zweiten Minuspunkt hinnehmen - der sich ebenfalls gegen die Beamten und Ruhegeldempfänger richtete.

Durch die wie im Bundesrahmengesetz vorgesehene Anhebung der Beamtenbezüge auf 165 Prozent des Standes von 1927 entstehen dem Lande jährliche Mehrausgaben von 50 Millionen DM. Wäre man den sozialdemokratischen Vorschlägen gefolgt, hätten vor allem die unteren Beamtengruppen und Lehrer 20 Millionen DM jährlich mehr bekommen. Das wäre dann jedenfalls eine äußere Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung im modernen Staat gewesen und hätte einer Berücksichtigung der allgemeinen Entwicklung seit 1927 entsprochen.

12. März 1958

USA sollen mit gutem Beispiel vorangehen

Mehr als 70 Prozent der Einwohner Chikagos haben sich nach einer Meldung der "Chikago Daily News" im vergangenen Monat an einer von dieser Zeitung eingeleiteten Meinungsbefragung beteiligt, bei der festgestellt werden sollte, was die Bevölkerung Chikagos über die Anwendung von Atomwaffen im Falle eines Krieges denkt.

Rund 50 Prozent der an der Meinungsbefragung Beteiligten erklärten, nach ihrer Ansicht sollte die Anwendung von Atomwaffen überhaupt verboten werden. Die gleiche Anzahl von Befragten meinten, die Vereinigten Staaten sollten den ersten Schritt tun, um allen Versuchsexplosionen mit A- und H-Waffen Einhalt zu gebieten und auf diese Weise mit gutem Beispiel vorangehen.

Von dem Bau von Bunkern zum Schutz der Bevölkerung scheinen die Einwohner Chikagos nicht viel zu halten. Nur 1/5 der Befragten erklärte, sie würden Schutzbunker für etwas Nützliches halten.

+ + +

Das war schäbig, meine Herren!

sp-Das offizielle Blatt des Heimkehrerverbandes, "Der Heimkehrer" veröffentlichte am 10. März 1958 auf Seite 5 folgende Notiz: "Die Delegierten der Gesellschaft für Sport und Technik (Organisation für vormilitärische Übungen in der sowjetisch besetzten Zone) stimmten bei der 2. Kreiskonferenz in Rathenow (Mark Brandenburg) zu, den westdeutschen Bundestagsabgeordneten Dr. Heinemann (SPD) und Dr. Dehler (PDP) Begrüßungstelegramme zu übersenden. - Sage mir von wem Du Begrüßungstelegramme erhältst und ich sage Dir, wem Du die Bälle zugeworfen hast".

Das, meine Herren vom Heimkehrerverband, war - ganz abgesehen von der jetzt offen gewordenen Frage nach der Überparteilichkeit Ihrer Organisation - schäbig!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel